



# Wahlprüfsteine

zur Landtagswahl 2021

Der Landesseniorenrat Baden-Württemberg e.V. hat seine Wahlprüfsteine an alle im Landtag vertretenen Parteien verschickt.

Die Antworten der SPD Baden-Württemberg finden Sie im folgenden Dokument.

## SPD



**Landesseniorenrat**  
Baden-Württemberg e.V.

Kriegerstr. 3 - 70191 Stuttgart

Telefon: 0711 - 61 38 24 - E-Mail: [landesseniorenrat@lsr-bw.de](mailto:landesseniorenrat@lsr-bw.de) - [www.lsr-bw.de](http://www.lsr-bw.de)

# Inhalt

<b>Starkes Land durch Teilhabe und Engagement .....</b>	<b>1</b>
Wie wird Ihre Partei künftig diese Bereiche weiter stärken und untereinander vernetzen? .....	1
<b>Armut und Einsamkeit gehen oft Hand in Hand .....</b>	<b>2</b>
Welche präventiven und strategischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Altersarmut plant Ihre Partei?.....	2
Welche Maßnahmen wird Ihre Partei gegen die Ausgrenzung/Vereinsamung als Folge der Altersarmut ergreifen? .....	2
Welche Ansätze verfolgt Ihre Partei, um Menschen mit Pflegebedarf in den jeweiligen Versorgungsstrukturen zu unterstützen? Wie muss sich dazu die Pflegeversicherung finanziell und strukturell weiterentwickeln, damit Altersarmut bei Menschen mit Pflegebedarf und bei pflegenden Angehörigen begrenzt werden kann?.....	3
Wie wird Ihre Partei die häusliche und familiäre Pflegeleistung durch An- und Zugehörige anerkennen und damit einen Betrag zur Vereinbarkeit von Familien- und Berufsarbeit leisten? .....	3
<b>Wohnraum – bedarfsgerecht, barrierefrei und bezahlbar .....</b>	<b>4</b>
Welche konkreten Schritte plant Ihre Partei, um die Förderung von bezahlbarem, barrierefreiem Wohnraum zu unterstützen? .....	4
Welche Anreize schlägt Ihre Partei vor, um den Bestandsimmobilienmarkt entsprechend der Bedürfnisse älterer und eingeschränkter Menschen so anzupassen, dass sie möglichst lange und mit der größtmöglichen Selbständigkeit zu Hause wohnen bleiben können? .....	4
Welche Anreize plant Ihre Partei für die Ausweitung alternativer Wohnformen zur Ergänzung des Wohnens zu Hause, des Wohnens mit Service und der Pflegeheime?.....	4
Wie plant Ihre Partei die weitere Ausgestaltung der dafür notwendigen Beratungsstruktur und deren Finanzierung?.....	4
<b>Maßnahmen für Gesundheit, Pflege und Prävention .....</b>	<b>6</b>
Wie wird Ihre Partei konkret auf Landesebene aktiv, damit ältere Menschen in ihrem gewohnten Lebensumfeld in Würde und Selbstbestimmung ihr Leben gestalten können? .....	6
Welche Ideen bringt Ihre Partei ein, um die Pflegeberatung vor Ort besser zu vernetzen und zu den Menschen zu bringen? .....	6
Was wird Ihre Partei unternehmen, um die Kranken- und Pflegeversicherung solidarisch und nachhaltig zu gestalten? .....	6
Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, den Rahmen für den Ausbau der Versorgung im Bereich der Palliativmedizin und Palliativpflege sowie zur Förderung der Hospizkultur so zu ändern, dass die Unterschiede aufgehoben werden?.....	6
Welche Maßnahmen schlägt Ihre Partei zur Realisierung von nachhaltigen Versorgungskompetenzen in diesem Bereich vor?.....	7
Wie kann sich Ihre Partei ein Zusammenspiel zwischen analogen Arztbesuchen und den digitalen Angeboten vorstellen? Wie will Ihre Partei die Teilhabe der Menschen erreichen, die aufgrund besonderer Umstände Probleme haben, mit technischen Medien umzugehen? .....	7
Was wird Ihre Partei unternehmen, damit die Situation in der Pflege positiv verändert wird, das Berufsbild eine Aufwertung erhält und junge Menschen begeistert?.....	8

<b>Mobilität und Klimaschutz – beides drängt .....</b>	<b>9</b>
Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Mobilität im Sinne des Klimaschutzes zu erhalten und attraktiv zu gestalten?.....	9
Wie wird Ihre Partei den öffentlichen Bereich und die Nahversorgung für Fußgänger gestalten, damit die sich gut zurechtfinden und eine Nahversorgung vielen zugänglich ist? .....	9
Wie steht Ihre Partei zu dem Thema Barrierefreiheit im öffentlichen Raum? .....	9
<b>Teilhabe - im Zeitalter der Digitalisierung .....</b>	<b>10</b>
Wie will Ihre Partei Seniorinnen und Senioren bei dieser Entwicklung mitnehmen?.....	10
Was können wir gemeinsam dafür tun? .....	10

## **i Starkes Land durch Teilhabe und Engagement**

Baden-Württemberg ist eines der Bundesländer, in denen das bürgerschaftliche Engagement durch fast alle Altersgruppen hindurch stark ausgeprägt ist. Viele Angebote im sozialen Bereich ergänzen die bestehenden professionellen Dienstleistungen und stellen damit einen wichtigen Teil der Versorgungslandschaft vor Ort dar. Gerade für Ältere ist das Gefühl „noch gebraucht zu werden“ sehr wichtig. Daher befürworten wir eine stärkere Wertschätzung und Förderung von Menschen, die sich freiwillig für die Gesellschaft engagieren.

## **? *Wie wird Ihre Partei künftig diese Bereiche weiter stärken und untereinander vernetzen?***

Baden-Württemberg ist das Land des Ehrenamts und das Land sowie seine Kommunen fördern seit langem ehrenamtliches Engagement in den verschiedenen Strukturen. Unter unserer Regierungsverantwortung haben wir die Engagementstrategie Baden-Württemberg – Lebensräume zu „Engagement-Räumen“ auf der Basis eines breiten Beteiligungsprozesses entwickelt.

Ziele der Engagementstrategie ist die Vielfalt des Engagements in allen seinen Erscheinungsformen weiterzuentwickeln, Engagement für alle Menschen in allen Lebenslagen und mit allen Lebenskonzepten zu ermöglichen, Orte des Engagements zu entwickeln und tragfähige Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Engagementstrategie und ihre Fortentwicklung sind die Basis für unsere Prioritäten in der Förderung. Der Landesseniorenrat ist uns bei der Fortentwicklung der Strategie und seiner Anwendung in Bezug auf die älteren Menschen ein wichtiger und geschätzter Gesprächspartner. Vergleichbares gilt auf der lokalen Ebene.

## **i Armut und Einsamkeit gehen oft Hand in Hand**

Altersarmut ist leider keine Ausnahmerecheinung, sondern für viele Seniorinnen und Senioren bittere Realität geworden. Aufgrund des demographischen Wandels ist absehbar, dass sich diese Lebenslage zu einem wichtigen Thema entwickeln wird und in Armut lebende ältere Menschen aus dieser Situation nicht allein heraus kommen werden. Aus unserer Sicht beginnt die Altersarmut bereits bei der Erwerbsarmut.

## **? Welche präventiven und strategischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Altersarmut plant Ihre Partei?**

### **Welche Maßnahmen wird Ihre Partei gegen die Ausgrenzung/Vereinsamung als Folge der Altersarmut ergreifen?**

Die Bekämpfung von Altersarmut kann nicht früh genug beginnen. Eine gute Bildung, die bereits im frühkindlichen Bereich beginnt und nicht mit einem Berufsabschluss endet, sondern lebenslang wichtig ist, gibt die Voraussetzungen zur Schaffung einer guten Altersvorsorge. Hinzu kommt eine gute Arbeitsmarktpolitik, die möglichst allen ein gutes Erwerbseinkommen sichert und von angemessenen Mindestlöhnen sowie einer hohen Tarifbindung begleitet ist. Damit können dann auch entsprechende Rentenversicherungsbeiträge gezahlt werden. Die Anrechnung von Zeiten in der Pflege und der Kindererziehung ist dabei unerlässlich. Eine verpflichtende Altersvorsorge für Selbstständige halten wir für längst überfällig. Endlich ist es gelungen, die Grundrente gegen scharfen Widerstand einzuführen. Damit wird endlich die Lebensleistung vieler Versicherten anerkannt.

- ❶ Die Pflegeversicherung stößt in ihrer heutigen Struktur an ihre Grenzen. Das derzeitige System deckelt die Zahlungen der Pflegeversicherung. Alle Kostensteigerungen werden auf die Pflegebedürftigen umgelegt. Der Eigenanteil, den Pflegebedürftige und deren Angehörige, in der stationären Pflege zu tragen haben, steigt immer weiter. Der notwendige Zukauf von pflegerischen Leistungen in der ambulanten Versorgung Pflegebedürftiger stellt Familien vor große finanzielle Herausforderungen.

Neben der finanziellen Belastung müssen sich insbesondere Personen, die ihre pflegebedürftigen Angehörigen zu Hause versorgen, mit dem Thema der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf auseinandersetzen. Viele pflegende Angehörige können nicht mehr wie bislang berufstätig sein. Sie müssen ihre Arbeit reduzieren oder aufgeben, weil sie mit ihrer Pflegeleistung und -verantwortung nicht vereinbar ist. Damit verlieren sie ihre eigene soziale Absicherung.

Mittlerweile sind wieder viele pflegebedürftige Menschen auf staatliche Unterstützung angewiesen. Das Alterseinkommen kann den Eigenanteil oftmals und gerade in der stationären Versorgung nicht decken. Deshalb fragen wir Sie:

- ❷ ***Welche Ansätze verfolgt Ihre Partei, um Menschen mit Pflegebedarf in den jeweiligen Versorgungsstrukturen zu unterstützen? Wie muss sich dazu die Pflegeversicherung finanziell und strukturell weiterentwickeln, damit Altersarmut bei Menschen mit Pflegebedarf und bei pflegenden Angehörigen begrenzt werden kann?***

***Wie wird Ihre Partei die häusliche und familiäre Pflegeleistung durch An- und Zugehörige anerkennen und damit einen Betrag zur Vereinbarkeit von Familien- und Berufsarbeit leisten?***

Die SPD hat in den letzten Jahren im Bund viel bei der Stärkung der Pflegeversicherung erreicht – ganz besonderes bei der Finanzierung oder dem Leistungsrecht. Vieles steht aber auch noch an, um die Pflegeversicherung zukunftsfähig zu machen und auf die absehbare Steigerung der Leistungsberechtigten auszurichten. Das Land ist für eine gute Pflegeinfrastruktur zuständig. Denn es nützt nichts, wenn Pflegebedürftige Leistungsansprüche haben, diese aber nicht einlösen können. Hier sehen wir große Defizite – insbesondere bei den Kurzzeit- und Tagespflegeplätzen, bei der Erhöhung der Anzahl der Pflegekräfte sowie bei der Pflegeplanung. Unser umfassendes Positionspapier finden Sie hier:

[www.spd-landtag-bw.de/wp-content/uploads/Positionspapier-Pflege.pdf](http://www.spd-landtag-bw.de/wp-content/uploads/Positionspapier-Pflege.pdf)

Häusliche Pflege darf nicht zu Altersarmut der Pflegenden führen. Deshalb brauchen wir einen Anspruch auf Pflegezeit mit Lohnersatzleistungen, wie bei Elternzeit und Elterngeld.

## **i Wohnraum – bedarfsgerecht, barrierefrei und bezahlbar**

Wohnen ist eines der Grundbedürfnisse des Menschen. Die Wohnung ist der Rückzugsort, der Lebensquell. Die Wohnsituation bestimmt zu einem großen Teil die Lebensqualität. Mit zunehmendem Alter jedoch und bei auftretenden körperlichen und gesundheitlichen Einschränkungen werden besondere Anforderungen an die Wohnung und die Wohnsituation gestellt.

Hinzu kommt in allen Altersgruppen der Bevölkerung die Thematik der Bezahlbarkeit des Wohnraums. Barrierefreie Neubauwohnungen sind für viele Seniorinnen und Senioren langfristig nicht erschwinglich. Die Anforderung an bedarfsgerecht angepassten/barrierefreien Wohnraum ist nicht nur durch Neubauten zu decken, sondern auch durch den Umbau von Bestandsbauten zu fördern.

### **? Welche konkreten Schritte plant Ihre Partei, um die Förderung von bezahlbarem, barrierefreiem Wohnraum zu unterstützen?**

***Welche Anreize schlägt Ihre Partei vor, um den Bestandsimmobilienmarkt entsprechend der Bedürfnisse älterer und eingeschränkter Menschen so anzupassen, dass sie möglichst lange und mit der größtmöglichen Selbständigkeit zu Hause wohnen bleiben können?***

***Welche Anreize plant Ihre Partei für die Ausweitung alternativer Wohnformen zur Ergänzung des Wohnens zu Hause, des Wohnens mit Service und der Pflegeheime?***

***Wie plant Ihre Partei die weitere Ausgestaltung der dafür notwendigen Beratungsstruktur und deren Finanzierung?***

Wohnen in Baden-Württemberg muss wieder bezahlbar werden. Deshalb muss das Land Geld in die Hand nehmen und selbst Wohnraum schaffen. In den nächsten fünf Jahren müssen 500.000 Wohnungen gebaut werden. Wir halbieren außerdem die Grunderwerbsteuer, um mehr Familien ihren Wunsch vom Eigenheim zu ermöglichen. Wir wollen die Kommunen dort unterstützen, wo beispielsweise der Grunderwerb eine Hürde darstellt.

Dazu haben wir ein ausführliches Positionspapier erstellt:

[www.spd-landtag-bw.de/wp-content/uploads/Positionspapier-BWohnen.pdf](http://www.spd-landtag-bw.de/wp-content/uploads/Positionspapier-BWohnen.pdf)

Ein weiterer Schlüssel für ausreichenden Wohnraum ist die bessere Nutzung des vorhandenen Wohnraums. Hierbei richtet sich unser Fokus auf zwei Aspekte: zum einen müssen weitere Maßnahmen ergriffen werden, um der zunehmenden Zweckentfremdung von Wohnraum zu begegnen; zudem braucht es Initiativen, um den Leerstand von Wohnraum zu verringern.

Selbstverständlich müssen alle Bevölkerungsgruppen davon profitieren. Für ältere Menschen sind gerade barrierefreie Wohnungen besonders wichtig. Ein entsprechender Anteil beim Neubau von Wohnungen ist über die Landesbauordnung bzw. über die Förderungen sicherzustellen.

Die gesetzliche Grundlage für alternative Wohnformen für pflegebedürftige Menschen und eine entsprechende Beratungsstruktur haben wir in unserer Regierungszeit eingeführt. Dies wollen wir weiter ausbauen.



## **❶ Maßnahmen für Gesundheit, Pflege und Prävention**

Gesundheit, Pflege und Prävention sind Bausteine für den Erhalt der Selbständigkeit und Lebensqualität im Alter. Präventive, mobile, ambulante und stationäre Angebote sollten bedarfsgerecht und in einer guten Qualität, einschließlich der sozialen Zuwendung und Betreuung, genutzt werden können.

### **? *Wie wird Ihre Partei konkret auf Landesebene aktiv, damit ältere Menschen in ihrem gewohnten Lebensumfeld in Würde und Selbstbestimmung ihr Leben gestalten können?***

Für die Gestaltung des Lebensumfelds sind die Kommunen und ihre Zusammenarbeit mit den weiteren Akteuren vor Ort besonders wichtig. Die dazu im Sozialgesetzbuch enthaltene Pflichtaufgabe der Altenhilfe muss mit mehr Leben gefüllt werden. Wir wollen die Kommunen dabei wieder bei der Planung unterstützen.

- ❶** Die ambulante und stationäre Pflege sind unverzichtbare Bestandteile der Pflegeversorgung in der letzten Lebensphase. Für viele ältere Menschen und deren Angehörigen sind die Leistungen häufig aber nicht allein finanzierbar. Verschärft wird die Situation durch den Pflegekräftemangel.

### **? *Welche Ideen bringt Ihre Partei ein, um die Pflegeberatung vor Ort besser zu vernetzen und zu den Menschen zu bringen?***

***Was wird Ihre Partei unternehmen, um die Kranken- und Pflegeversicherung solidarisch und nachhaltig zu gestalten?***

***Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, den Rahmen für den Ausbau der Versorgung im Bereich der Palliativmedizin und Palliativpflege sowie zur Förderung der Hospizkultur so zu ändern, dass die Unterschiede aufgehoben werden?***

Der Ausbau der Pflegestützpunkte und der dort stattfindenden Beratung ist uns sehr wichtig. Gern unterstützen wir auch die Kommunen bei der Zusammenführung von verschiedenen Beratungsangeboten der unterschiedlichen Sozialleistungsträger, wenn sie diese Aufgabe vor Ort selbst wahrnehmen wollen.

Wie wichtig eine solidarische und gut aufgestellte Kranken- und Pflegeversicherung ist, hat sich gerade in der Corona-Krise gezeigt. Deshalb müssen diese Sozialversicherungen einen finanziellen Ausgleich aus Steuermitteln für ihre Aufgaben in der Krise bekommen.

Die letzten Monate haben noch einmal bewiesen, dass der Vorschlag der SPD für eine solidarische Bürgerversicherung neu diskutiert werden muss. Wir fordern dabei keine Abschaffung der privaten Versicherungen oder eine „Einheitskasse“, sondern gleiche Rechte und gleiche Pflichten für alle Versicherten sowie gleiche Leistungen und Vergütungen. Wer sich über diesem Niveau absichern will, kann dies gern mit einer Zusatzversicherung tun.

Die Palliativmedizin und -pflege muss ausgebaut werden. Dabei geht es vor allem um die Aus- und Weiterbildung für zusätzliches Personal. Denn die Leistungsansprüche sind heute schon vorhanden. In der Hospizarbeit wollen wir in Übereinstimmung mit den Verbänden vorrangig die ambulanten Hilfen stärken und ausbauen.

- ❗ Die Aufrechterhaltung und der Ausbau einer wohnortnahen medizinischen Versorgung im ländlichen Raum und in den Wohnquartieren vieler Städte gehört zu den großen und drängenden Erfordernissen einer zukunftsweisenden Gesundheitspolitik in Baden-Württemberg.

? ***Welche Maßnahmen schlägt Ihre Partei zur Realisierung von nachhaltigen Versorgungskompetenzen in diesem Bereich vor?***

***Wie kann sich Ihre Partei ein Zusammenspiel zwischen analogen Arztbesuchen und den digitalen Angeboten vorstellen? Wie will Ihre Partei die Teilhabe der Menschen erreichen, die aufgrund besonderer Umstände Probleme haben, mit technischen Medien umzugehen?***

Gerade für ältere Menschen ist im Regelfall die Hausärztin bzw. der Hausarzt die wichtigste Ansprechperson in der medizinischen Versorgung. Leider gibt es hier vor allem im ländlichen Raum enorme Engpässe in der Versorgung – auch weil Ärztinnen und Ärzte, die in den Ruhestand gehen, keine Nachfolge für ihre Praxis finden. Dieses Problem kann nur mit vielfältigen Handlungsansätzen bekämpft werden. Das beginnt beim Medizinstudium geht über die Niederlassungsbedingungen und berücksichtigt die Arbeitsstrukturen in der hausärztlichen Versorgung. Unsere Positionen haben wir in einem Papier zusammengefasst:

[www.spd-landtag-bw.de/wp-content/uploads/Positionspapier-7-Punkte-fuer-mehr-Landaerzte.pdf](http://www.spd-landtag-bw.de/wp-content/uploads/Positionspapier-7-Punkte-fuer-mehr-Landaerzte.pdf)

Direkte Arzt-Patienten-Gespräche werden immer der wichtigste Bestandteil in der ärztlichen Versorgung bleiben. Allerdings können telefonische Behandlungen oder Videoangebote diese sinnvoll unterstützen. Aus anderen Ländern, die damit längere Erfahrungen haben, ist bekannt, dass es einen gewissen zeitlichen Vorlauf braucht, bis auch ältere Menschen diese Techniken nutzen. Deshalb wird es weiterhin beides geben: Behandlung vor Ort und Telemedizin.

Für alle Menschen brauchen wir weiterhin eine flächendeckende Grundversorgung mit Krankenhäusern (Innere Medizin, Chirurgie und Frauenheilkunde sowie eine Basisnotfallversorgung rund um die Uhr). Eine angemessene stationäre Notfallversorgung für Patienten mit akut einsetzenden schweren und lebensbedrohlichen Erkrankungen oder Verletzungen ist nur in Krankenhäusern oberhalb der Grundversorgung mit einer Zentralen Notaufnahme einschließlich Radiologie und Stroke-Unit (Zentrum zur Erstbehandlung von Schlaganfallpatienten) sinnvoll. Die Erstversorgung und der Transport sind durch einen schnell verfügbaren Rettungsdienst von hoher Qualität sicherzustellen. Eine sinnvolle Rettungskette kann nur dort enden, wo die notwendige stationäre Versorgung tatsächlich erbracht werden kann.

- ① Die Wertschätzung der Pflegeberufe in der öffentlichen Wahrnehmung muss gravierend verbessert werden. Dazu gehören aus unserer Sicht im Wesentlichen eine Anhebung des Pflegeschlüssels, eine deutliche Verbesserung der Vergütung für Pflegeberufe und eine Verbesserung der Arbeitsstrukturen.

? ***Was wird Ihre Partei unternehmen, damit die Situation in der Pflege positiv verändert wird, das Berufsbild eine Aufwertung erhält und junge Menschen begeistert?***

Wir sind froh, dass im Jahr 2019 in der „Konzertierten Aktion Pflege“ auf Bundesebene eine Vielzahl von dringend notwendigen Vereinbarungen getroffen wurde. Zusammenfassen kann man diese unter mehr Ausbildung, mehr Personal, mehr Geld, mehr Verantwortung und mehr Digitales. Diese müssen nun verbindlich und Schritt für Schritt auch in Baden-Württemberg umgesetzt werden. Zu dem Weg, wie und wann das geschehen soll, haben wir eine Große Anfrage in den Landtag eingebacht.

[www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/6000/16\\_6919\\_D.pdf](http://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/6000/16_6919_D.pdf)

## **i** **Mobilität und Klimaschutz – beides drängt**

Mobilität ist ein unverzichtbarer Teil des täglichen Lebens und großer Bestandteil der Daseinsvorsorge. Insbesondere im ländlichen Raum ist es notwendig attraktive und umfassende Mobilitätslösungen zu finden. Nur so lässt sich der Lebensstandort ländliche Region im demografischen Wandel erhalten.

Der Verkehr ist aber auch einer der größten Verursacher von Treibhausgasen. Um die notwendigen Klimaziele zu erfüllen, müssen neue, vernetzte und passgenaue Lösungen entwickelt werden.

## **? Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Mobilität im Sinne des Klimaschutzes zu erhalten und attraktiv zu gestalten?**

- i** Mobil sein bedeutet nicht nur auf Verkehrsmittel und eine gute Anbindung zurückzugreifen. Mobil sein bedeutet auch, sich ohne Barrieren im öffentlichen Bereich bewegen zu können.

***Wie wird Ihre Partei den öffentlichen Bereich und die Nahversorgung für Fußgänger gestalten, damit die sich gut zurechtfinden und eine Nahversorgung vielen zugänglich ist?***

***Wie steht Ihre Partei zu dem Thema Barrierefreiheit im öffentlichen Raum?***

Das Auto wird gerade im ländlichen Bereich wichtig bleiben. Aber auch da ist es sinnvoll und nötig, dass mehr Menschen vom Auto auf den ÖPNV umsteigen. Dazu muss das ÖPNV-Angebot im Land flächendeckend weiter ausgebaut werden. Wir brauchen deshalb mehr Busse und Bahnen auf mehr Strecken zu besseren Takten. Um diese Forderung umzusetzen, benötigen wir ein echtes Investitionsprogramm für neue Straßen- und Stadtbahnen und nicht nur ein Ersatzbeschaffungsprogramm für Alt-Fahrzeuge, eine neue Finanzierungsgrundlage für das Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, Verbesserungen bei den Regionalisierungsmitteln und deren Nutzung für den Angebotsausbau des regionalen Schienen- und S-Bahnverkehrs. Beim Neukauf von Bussen und Bahnen ist Barrierefreiheit selbstverständlich. Aber sie muss auch Schritt für Schritt an den bestehenden Bahnhöfen und Bushaltestellen verwirklicht werden. Erst der Ausbau der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum sichert Menschen mit körperlichen Einschränkungen ihre Mobilität.

## **i Teilhabe - im Zeitalter der Digitalisierung**

Auch Seniorinnen und Senioren sind im digitalen Zeitalter angekommen und müssen sich in dieser schnelllebigen Welt zurechtfinden. Immer mehr von uns möchten sich dem Thema öffnen. Dennoch bleiben viele von dieser Entwicklung abgeschnitten.

### **? *Wie will Ihre Partei Seniorinnen und Senioren bei dieser Entwicklung mitnehmen?***

#### ***Was können wir gemeinsam dafür tun?***

Digitale Kommunikationstechnologien erleichtern es, soziale Kontakte aufrechtzuerhalten, sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen und ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Die aktuelle Pandemie verdeutlicht den großen Nutzen, den digitale Technologien auch für ältere Menschen haben können.

Alle älteren Menschen sollten die Chancen der Digitalisierung nutzen können. Und zwar unabhängig von Geschlecht, Bildungsstand, Einkommen oder Behinderung. Ihre Bedürfnisse und ihre Kompetenzen sollen in alle Überlegungen zur Gestaltung der digitalen Welt einbezogen werden. Nur so kann die immer weiter voranschreitende Digitalisierung zu einem guten Leben im Alter beitragen und für mehr Teilhabe, Lebensqualität und Sicherheit sorgen. Dazu müssen Bund, Länder und Zivilgesellschaft gleichermaßen aktiv werden. Der Achte Altenbericht, der gerade diskutiert wird, ist dafür ein guter Leitfaden.